

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Erscheint
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und
kostet durch die Austräger pro Quartal M. 1.65
durch die Post M. 1.92 frei in's Haus.

Anzeiger

Inserats
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Berusdorf,
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzsdorf, Wüstenbrand, Gräna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,
Archberg, Bleißa, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Rühnappell, Grumbach, St. Egidien, Sittengrund u. s. w.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 117.

Donnerstag, den 23. Mai 1907.

57. Jahrgang.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Tischlermeisters Emil Hermann Böllner in Hohenstein-Ernstthal wird, da sich ergeben hat, daß eine die Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist, Termin zum Gehör der Gläubiger und ev. zur Rechnungslegung auf **den 1. Juni 1907 vormittags 9 Uhr** bestimmt.

Hohenstein-Ernstthal, am 21. Mai 1907.

Königliches Amtsgericht.

**Freibank: Verkauf von gelohem Rindfleisch Pfd. 35 Pf.
Schweinefett Pfd. 40 Pf.**

Aus dem Reiche.

Zu den sächsischen Landtagswahlen.

Im Wahlkreis Dresden II (Bismarckische Vorstadt) bestehen zur Zeit nicht weniger als fünf Kandidaturen für die bevorstehende Landtagswahl. Einschließlich des bisherigen konservativen Abgeordneten Kaufmann Behrens ringen nicht weniger denn vier Kandidaten der Ordnungsparteien um die Palme des Sieges! — Im 1. städtischen Wahlkreis (Zitau) wird sich allem Anschein nach zu den bereits bestehenden drei Kandidaturen (nationalliberale, freisinnige und sozialdemokratische) noch eine vierte gesellen, und zwar eine Kandidatur der Mittelstand-Vereinigung. In einer soeben hier abgehaltenen Versammlung wurde als Mittelstands-kandidat Baumeister Müller-Löbau aufgestellt. Von der nationalliberalen Partei wird gegen diese Kandidatur energisch Front gemacht, da sie den Wahlkreis, der von ihr 14 Jahre lang vertreten wurde, als ihren Besitzstand betrachtet. Sie will die Mittelstands-kandidatur, ebenso wie die übrigen, als Einbrecherin in ihren Besitzstand auf das entschiedenste bekämpfen. Im 20. städtischen Wahlkreis (Aue-Schneeberg-Schwarzenberg) wo konstantlich zwei der konservativen Partei angehörende Kandidaten (Bürgermeister Dr. Kresschmar in Aue und Bürgermeister Dr. Hesse in Eisenhüttenberg) aufgestellt sind, halten beide Wahlkomitees mit Zähigkeit an den von ihnen nominirten Kandidaten fest. Auch die Liberalen werden mit einem eigenen Kandidaten hervortreten. Als solcher wird ein namhafter Großindustrieller, Fabrikbesitzer Bauer in Aue, genannt. Mit Sicherheit ist schließlich auch eine sozialdemokratische Kandidatur zu erwarten.

Eine Umsatzsteuer für Sachsen?

Eine Dresdner Korrespondenz meldet: Nachdem nunmehr feststeht, daß die sächsische Regierung dem kommenden Landtage trotz mehrmaligen Ersuchens der Mehrheit der Provinzial-Stände eine Vorlage über eine Umsatzsteuer für das ganze Land nicht unterbreiten wird, die Einführung einer solchen Steuer vielmehr den Gemeinden überlassen bleiben soll, beabsichtigt man, alsbald nach Beginn des Landtages von konservativ-mittelstandsfreundlicher Seite das Verlangen nach einer Umsatzsteuer ganz entschieden zu wiederholen. Es verlautet sogar, daß dem Antrage ein sofortiger Gesetzentwurf angehängt sein soll.

Das Handelsvertragsprovisorium mit Spanien.

Wie das „Ech. Tagbl.“ an zuständiger Stelle erfährt, ist es nicht möglich gewesen, die zwischen Deutschland und Spanien geführten Handelsvertrags-Verhandlungen zum Abschluß zu bringen, so daß die neuen Handelsverträge am 1. Juli noch nicht in Kraft treten können. Es muß deshalb das augenblicklich bestehende, meistbegünstigte Provisorium bis auf weiteres verlängert werden. Die Schwierigkeiten, die noch zu überwinden waren, liegen in der Hauptsache auf Seiten Spaniens, das sich nicht zu den Zugeständnissen herbeilassen will, auf denen Deutschland zum Schutze von Industrie und Handel unbedingt bestehen muß. Auch könnte Deutschland unter keinen Umständen eine Zollermäßigung auf spanische Weintrauben in der Höhe gewähren, wie es von Spanien gefordert wird. Unter diesen Umständen halte man es im Interesse beider Länder für angebrachter, die alten Bestimmungen vorläufig noch weiter bestehen zu lassen, als einen Vertrag zu schließen, mit dem die Be-

teiligten voraussichtlich in Kürze unzufrieden sein würden. Man wird nunmehr also über die neuen Verträge weiter verhandeln, doch hofft man, in absehbarer Zeit zu einem beide Teile befriedigenden Vertrage zu kommen.

Das Reichskolonialamt.

Die Ernennungen für das neugegründete Reichskolonialamt sind nunmehr erfolgt. Sie werden im geführten „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Zum Unterstaatssekretär ist der jetzige Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika Friedrich von Rindequist ernannt. Dieser wird sich nochmals auf kurze Zeit nach Südwestafrika begeben, um seinem Nachfolger, zu dem der Geheim Legationsrat Dr. Bruno von Schumann ernannt ist, die Einarbeitung in die Gouvernementsgeschäfte zu erleichtern. Zum Direktor des Reichskolonialamtes ist der Geh. Oberfinanzrat Dr. Peter Conze ernannt, der bereits mit der Wahrnehmung der Direktorialgeschäfte in der Kolonialabteilung beauftragt war. Der Wirkl. Geh. Legationsrat und vortragende Rat im Reichskolonialamt, Dr. Schnee, ist mit der Wahrnehmung von Direktorialgeschäften beauftragt, doch steht die bezügliche amtliche Bekundung noch aus. Zu vortragenden Räten im Reichskolonialamt sind Regierungsrat Haver, der bisherige kommissarische Oberichter von Deutsch-Südwestafrika Dr. Anton Meyer und der Legationsrat Dr. Heintze ernannt. Zu ständigen Hilfsarbeitern wurden ernannt: Regierungsrat Ohwald, Regierungsrat Brückner und der Privatdozent an der Berliner Universität Dr. Joseph Sämtlichen neuen vortragenden Räten des Reichskolonialamtes und den ständigen ständigen Hilfsarbeitern stehen mehrjährige Erfahrungen im Kolonial- bezw. im Auslandsdienste zur Seite. Für die im Etat der Militärverwaltung (Kommando der Schuttruppe) vorgesehenen Stellen von drei vortragenden Räten sind bestimmt: Kriegsgerichtsrat Dr. Ernst, der Feldintendant der Schuttruppe für Südwestafrika Nachtigall und der Militärintendanturarzt Martmann. Zu ständigen Hilfsarbeitern wurden ernannt: die Militärintendantur- räte Schmidt und Kubin.

Kaisermandöver der deutschen Flotte.

In diesem Jahre finden Kaisermandöver der Hochseeflotte in den Tagen vom 4. bis 7. September statt. Die Flotte unter dem Befehl des Prinzen Heinrich wird zu diesem Zwecke durch eine Anzahl Schul- und Versuchsschiffe verstärkt. Das Mandöver beginnt mit einer Revue auf der Jahde, an die sich größere strategische Mandöver zweiter Geschwader gegeneinander schließen.

Die Tisch-Dunderschen Gewerbevereine

halten gegenwärtig in Berlin ihre Verbandstagung ab. Der Verbandstag ist aus allen Teilen Deutschlands sehr gut besucht, da er wichtige Aufgaben zu erledigen haben wird. So unterbreitet der Zentralrat dem Verbandstage ein neues Programm der deutschen Gewerbevereine, in dem die Grundzüge für das Arbeitsverhältnis im Fabrikbetriebe, in Handel und Gewerbe und in der Hausindustrie ausführlich behandelt werden. Weiter stellt das Programm Grundzüge für die wirtschaftlichen Verhältnisse, für öffentliche Angelegenheiten und für die Stellung zur Politik und den politischen wie kommunalen Wahlen auf. Auch ein neues Reglement für Arbeitsverhältnisse und Aussperrungen ist vom Zentralrat ausgearbeitet worden. Zu den verschiedensten Punkten der Tagesordnung sind nicht weniger als 354 Anträge eingegangen. Nach dem

Geschäftsbericht zählt der Verband zurzeit mehr als 120 000 Mitglieder.

Deutsche Kolonialgesellschaft.

Die Tagung der deutschen Kolonialgesellschaft begann am Dienstag in Worms mit einem Begrüßungsabend. Es wurden mehrere Ansprachen gehalten, u. a. vom Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, dessen mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede mit einem „Heil“ auf den deutschen Geist schloß. Unter den Rednern befanden sich ferner Vertreter der Regierung und der Stadt, sowie Reichstagsabgeordneter Freiherr Seyl zu Herrnsheim.

Neuer Streit in Hamburg.

Eine in Altona abgehaltene, von 500 Personen besuchte Versammlung der organisierten Seeleute von Hamburg und Altona beschloß einstimmig, sofort in den Streit zu treten. Der Ausstand umfaßt das gesamte Deck- und Maschinenpersonal, mit Ausnahme der Mannschaften der Fischdampfer, sowie der Schleppl- und Leichterfahrzeuge. Es wird einheitliche Regelung der Forderungen, des Ueberstundenlohnes, der Kündigungssfrist und des Wagensystems gefordert. Klagen über Behandlung und Beförderung sollen den Rednern selbst vorgetragen werden dürfen.

Die Aussperrung im Berliner Holzgewerbe beendet!

Wie der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe mitteilt, wird die von den Arbeitgebern verhängte Aussperrung der Arbeitnehmer aufgehoben. Die Wiederaufnahme der Arbeit am 23. Mai 1907 erfolgt nach den in Gemeinschaft mit den Zentralvorständen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Berlin gefaßten Beschlüssen und Verträgen. Bis zur endgiltigen Regelung der Tariffrage wird vorläufig nach dem alten Wautarif und bei Möbeln nach den alten Bedingungen gearbeitet.

Die Aussperrung im Berliner Baugewerbe ist allgemein, da sich auch die außerhalb des Verbandes stehenden Baugeschäfte, die Zünfte angehören, an der Aussperrung beteiligt haben. Bestimmte Zahlen können noch nicht mitgeteilt werden, weil im Baugewerbe der erste Tag nach den großen Festen nach hergebrachter Weise als dritter Feiertag innegehalten wird.

Aus dem Auslande.

König Leopold regierungsmüde?

Seit einiger Zeit treten mit großer Beharrlichkeit Gerüchte über die Abdankung des Königs der Belgier auf. Bald bringt diese, bald jene Zeitung eine dahin lautende Notiz. Die letzte Ausgabe der „La dernière Heure“ bringt sogar einen langen Artikel zu der Angelegenheit und stellt die Behauptung auf, Leopold II. habe sich das 24 Kilometer von Paris gelegene Chateau de Savigny für 200 Millionen als Rückzugsort gekauft. Zu Kaufzwecken angesehen hat der König es sich ebenfalls, und Schloß und Park sind auch wirklich hervorragend zum Fürstentum geeignet. Bisher gehörte die 300 Hektar große Besitzung einem Pariser Ingenieur, der am 20. April und an den äthiopischen Bahnbauten viele Millionen verdient hatte. Vorher war es im Besitze der Königin Isabella von Spanien, die es von den Erben der Marquise des Maréchal Davout, der Fürstin v. Camille, gekauft hatte. Und in noch früherer Zeit lebten hier Karl VII. dann Ludwig XI., hierauf Ludwig XV. — Warum der König Abdankungsgedanken haben kann, ist leicht erklärt. Außerhalb des Landes und innerhalb hat er in der letzten Zeit kein Glück mehr gehabt. Die Engländer machen ihm wegen des Kongo viel Sorgen, und im Innern droht ebenfalls die Rongostrie. Im Lande wetteifern die Liberalen und die liberale Partei um die Gunst der Massen. Beide sind dem König nicht hold; die Liberalen wegen seines freien Lebenswandels und der Kongo-Affären verschiedenster Färbung, und die Liberalen haben es satt, sich autoritärer regieren zu lassen. Sie gaben dies dem König wiederholt im Parlament und in der Presse zu verstehen; besonders deutlich sprach sich kürzlich der Führer der Liberalen Jansons in

seiner großen Rede bei der Parlaments-Eröffnung hierüber aus. Auch die wenig angenehmen Familienverhältnisse des Fürsten sind nicht geeignet, ihm die Volksgunst zu erwerben, obgleich er viel für das Land getan hat, sodaß es wirtschaftlich heute eine Großmacht darstellt.

Die Finanzen des Papstes.

Im Vatikan erklärt man, daß die Nachricht, die amerikanischen Katholiken hätten dem Heiligen Stuhl eine jährliche Rente von 1 Million Dollars zugesichert, jeglicher Begründung entbehre. Die Verbreitung der Nachricht gehöre zu der genugsam bekannten Kampagne, die darauf abziele, die Katholiken glauben zu machen, daß der Heilige Stuhl ihrer Hilfe nicht mehr bedürfte.

Die revoltierenden Weinbauern.

Die Weinbauern in Véziers haben beschlossen, ihre Kundgebung am nächsten Sonntag zu wiederholen. Sie hoffen auf eine Beteiligung von 300 000 Personen. Falls bis zum 11. Juni die Kammer sich mit ihren Klagen nicht beschäftigt hat, wollen sie ihre Drohungen verwirklichen. In Vendargues haben etwa 200 Bürger beschlossen, die Steuern bis zum 10. Juni nicht zu entrichten. Auch im Departement Var macht sich eine ähnliche Bewegung bemerkbar.

Araber-ausstand.

Eine „Reuter“-Depesche aus Ahuscher besagt: Die Araberstämme am Guphrat und Tigris sind wieder im offenen Aufbruch. Die türkischen Behörden sind außer Stande, den Aufstand zu unterdrücken.

Beschlagnahme Gewehre.

Das Zollamt in Tientsin hat 8000 Gewehre und 300 000 Stück Patronen, sowie 5000 Bajonette, die von einer dortigen Firma für Rechnung von Revolutionären eingeführt werden sollen, mit Beschlag belegt. Diese Beschlagnahme hat in der Eingeborenenstadt großes Aufsehen erregt.

Gegen die Trade-Unions.

Auf der Jahresversammlung der nationalen Fabrikantenvereinigung in Newyork wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Aufgabe hat, zu erwägen, wie der Betrag von 1 1/2 Millionen Dollars aufgebracht werden kann, der in den nächsten drei Jahren zur Bekämpfung der Tyrannei der Trade-Unions verausgabt werden soll.

Drohender Streit in den Vereinigten Staaten.

Aus New-York wird gemeldet, daß die Telegraphisten aller Telegraphengesellschaften sich auf einen Generalstreik vorbereiten. In Amerika gehören die Telegraphen privaten Unternehmungen. Die Telegraphisten fordern höhere Gehälter und den Achtstundentag.

Revolution in Nicaragua.

Der Präsident von Nicaragua, Celano, telegraphierte an den Consul von Nicaragua in New-Orleans, daß in Salavador eine Revolution ausgebrochen sei, an deren Spitze Dr. Prubencio Urua, der frühere Vizepräsident der Republik und jetzige Minister des Innern, stehe.

Die Lage in Rußland.

Das Komplott gegen den Zaren.

Die Verhaftungen in Jaroskoje-Selo dauern fort. Die Polizei nahm in den letzten Tagen wieder zahllose nächtliche Hausdurchsuchungen vor und holte die Verdächtigen aus den Betten. Die Zahl der Teilnehmer an der Verschwörung gegen den Zaren soll 80 übersteigen. Unter den Verhafteten befindet sich ein Lehrer am Kaiserlichen Gymnasium. Große Bestürzung erregte die Auffindung einer Mine in Jaroskoje-Selo, die mit Pyroglyin gefüllt war.

Zwischenfall in der Duma.

Die 3 ausgeschlossenen Duma-Mitglieder der extremen Rechten drangen vorgestern trotz des Verbots in den Zarenischen Palast ein. Der Kommandant der Wache, der sie einließ, erklärte, er könne offiziell keine Befehle des Dumapräsidenten